

Vom Manifest zum Grundsatzprogramm

Einleitung:

Die Frühgeschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist verknüpft mit der industriellen Revolution in Deutschland: Zwar entstand bereits 1784 die erste mechanische Baumwollspinnerei in Ratingen; den industrielle Durchbruch ermöglichte aber erst 1834 der Deutsche Zollverein, der ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet schuf, das den deutschen Unternehmen schlagartig neue Absatzmärkte und Wachstumschancen eröffnete, aber auch Konkurrenzdruck; schon ein Jahr später verkehrte die erste Dampfeisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth und war ab sofort der Führungssektor der industriellen Revolution in Deutschland.

1. Das Manifest der Kommunistischen Partei 1848 (Programm des Bundes der Kommunisten)

Bereits 1844 erfolgte in Schlesien mit dem Weberaufstand die erste größere proletarische Erhebung, die sich gegen Lohnkürzungen und über alles erträgliche Maß hinaus gehende Arbeitszeitverlängerungen wandte. Entsprechend verkündete auch zu Beginn des Jahres 1848 Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ einen langanhaltenden Klassenkampf zwischen den Besitzern der neuen industriellen Produktionsmitteln, der Bourgeoisie und den modernen Lohnarbeitern, den Proletariern, die nach seiner Auffassung nichts als ihre Ketten zu verlieren, aber durch die kommunistische Revolution eine Welt zu gewinnen hätten.

Foto 1: Kommunistisches Manifest

Manifest wird stärkste in der Arbeiterbewegung des Kaiserreiches verbreitete theoretische Schrift

Foto 2: Marx

Foto 3: Engels

Bund der Kommunisten nur kleine Exilgruppe

2. Statuten des ADAV 1863

1863 gründet Ferdinand Lassalle den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein – ADAV“

Foto 4: Lassalle

Hauptforderung: Ersetzung des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts

Streng zentralistischer Aufbau

Positives Staatsverständnis / Soziales Königtum / Großdeutsche Lösung

Eine staatlich unterstützte fabrikmäßige Großproduktion soll das „eiserne

Lohngesetz“ durchbrechen und den Arbeitern den „vollen Arbeitsertrag“

ohne Abzug des Unternehmergewinns ermöglichen

Gewerkschaften überflüssig

3. Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) 1869

Im Gegensatz hierzu rief der 1863 gegründete liberale „Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine – VDAV“, zur Gründung von Gewerksgenossenschaften auf.

Föderalistische Struktur

Foto 5: Bebel

Foto 6: Liebknecht

Übertritt von Lassalle sowie Beitritt der Anhänger Marx in Deutschland

1866 (Bebel / Liebknecht) führen zum Anschluss des VDAV an die IAA (I.

Internationale) und 1869 zur Gründung der SDAP in Eisenach

Das Eisenacher Programm: Mischung aus Marxismus und den inhaltlichen Forderungen des ADAV, aber föderalistisch und kleindeutsch

4. Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)

Mischung aus Lassallschen Forderungen und Kommunistischen Manifest mit föderalistischen Aufbau

Foto 7: Traditionsbild Marx + Lassalle

Von Marx als zu opportunistisch gegen über dem Staat kritisiert – demokratischer Ansatz der Arbeiterbewegung wird vom Staat selbst untergraben

Der nun vereinigten Arbeiterbewegung versuchten die Herrschenden erstmals am 21. Oktober 1878 durch ein Organisationsverbot – „Sozialistengesetz“ – entgegenzutreten, das aber die aufwärtsstrebende Selbstorganisation der Arbeiter nicht mehr zerschlagen konnte. Das Ausnahmegesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ wurde am 30. September 1890 vom Reichstag nicht mehr verlängert. Zuvor hatten die Streikwelle von 1889/90 und 1.427.000 Wähler für die SAP bei der Reichstagswahl im Februar 1890 (gegenüber 437.000 Stimmen bei den Wahlen von 1878) eindrucksvoll bewiesen, dass die durch das Sozialistengesetz beabsichtigte Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung gescheitert war.

5. Das Erfurter Programm der „Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD“ von 1891

Foto 8: Erfurter Programm

Der erste Parteitag der SAP nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes fand vom 12.-18. Oktober 1890 in Halle statt. Neben der Umbenennung der Partei in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD“ und einem neuen Statut wurde auch eine Revision des Gothaer Parteiprogramms von 1875 beschlossen. Nach einer vorausgegangenen umfangreichen Debatte wurde das neue Programm im Oktober 1891 auf dem Parteitag in Erfurt verabschiedet. Das einstimmig beschlossene Erfurter Programm veranschaulichte die Auswirkungen des Sozialistengesetzes auf die weitere Entwicklung der SPD bis 1914:

Foto 9 Kautsky

Sein erster, von Karl Kautsky verfasster und eng an den ersten Band des „Kapitals“ angelehnter, theoretischer Teil folgte in seiner Gesellschaftsanalyse der von Marx und Engels entwickelten Theorie und sagte eine Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes voraus. Dieser Kampf sollte seinen Abschluss in der Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum finden.

Foto 10 Bernstein

Der zweite Teil des Programms dagegen basierte auf einem von Eduard Bernstein entwickelten praktisch-politischen Forderungskatalog der Partei an die kapitalistische Gesellschaft, was durch Reformen durchaus im Rahmen dieser Gesellschaftsordnung zu erfüllen war.

Besonders der erste Teil des Erfurter Programms verdeutlichte, dass das Sozialistengesetz zu einer Radikalisierung der Perzeption des Staates durch die Partei geführt hatte. So unterstützte Engels ausdrücklich das neue Parteiprogramm, während Marx das vorausgegangene Gothaer Programm der SAP als zu opportunistisch gegenüber dem Staat kritisiert hatte.

Allerdings hatte sich auch der Einfluss der Reichstagsfraktion auf die

Gesamtpartei im Laufe von 12 Jahren politischer Verfolgung – als während dieser Zeit einzig legales Organ – erheblich verstärkt. Auch war durch den kontinuierlichen Zuwachs sowohl der Reichstagsmandate als auch der Parteimitglieder ein Ausbau des hauptamtlichen Apparates ab 1905 unvermeidlich, was aber eine erhebliche Bürokratisierung der Parteiarbeit bewirkte (1914: 4.100 bezahlte Funktionäre und 11.000 Parteiangestellte). Die Zweiteilung von Theorie und Praxis führte zu mancher – in der Forschung nicht selten schematisch überzeichneten - Auseinandersetzung, da sich die Anhänger des zweiten Teils des Erfurter Programms zunehmend um eine Revision des ersten Teils bemühten, dessen marxistische Dogmen nach ihrer Ansicht die Reformpolitik der Partei behinderten. Auf dem Parteitag in Dresden 1903 wurde diese „Strategie des Revisionismus“ von August Bebel zwar verurteilt, aber nicht nachhaltig geschwächt.

6. Das Görlitzer Programm der MSPD von 1921

Foto 11: Rat der Volksbeauftragten

**Volkspartei als Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus
Für die Deutsche Republik, in der sich der Sozialismus schon partiell
eingrichtet hat**

SPD ist Staatspartei, die den Sozialismus voranbringt

7. Das Heidelberger Programm der VSPD von 1925

Foto 14: Parteivorsitzende; Wels + Crispian

**Rückkehr zur marxistischen Gesellschaftsanalyse des Erfurter Programms
(verantwortlich Karl Kautsky);**

Abschwächung des demokratiethoretischen Teils, aber z.B. erstmals europäische Visionen. Theoretische Debatte an der Parteibasis nur noch geringe Resonanz

8. Prager Manifest der SoPaDe 1934

Foto 15: Neuer Vorwärts

Abkehr von Reformismus und Legalität; Eroberung der Staatsmacht durch revolutionären Kampf

Rückblickend Fehler 1918 den Staatsapparat unverändert zu übernehmen

Foto 16: Otto Wels

9. Das Dortmunder Aktionsprogramm vom September 1952

Foto 17: Aktionsprogramm

Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 1953 – erst durch die Ergänzungen durch Berliner Parteitages 1954 gewinnt es

programmatischen Gehalt und definiert die Grundanliegen des

Demokratischen Sozialismus für eine Gesellschaft des Friedens und der

Gerechtigkeit. Die SPD versteht sich als Partei des Volkes, deren

Mitglieder- und Wählerkern die Arbeiterschaft bildet

Foto 18: Erich Ollenhauer

10. Das Godesberger Programm von 1959

Foto 19: Godesberger Programm

Abschied der SPD von der Weltanschauung des Sozialismus. Das Ziel bleibt

aber die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Grundwerte: Freiheit (statt

Gleichheit), Gerechtigkeit, Solidarität. Uneingeschränkte Bejahung der

parlamentarischen Demokratie = Sozialismus wird nur durch Demokratie verwirklicht. Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur noch notwendig, wenn andere Instrumente zur Gewährleistung sozial gerechter Wirtschaftsverhältnisse wirkungslos bleiben.

Foto 19: Brandt

11. Das Berliner Grundsatzprogramm vom 20. Dezember 1989

Foto 19: Berliner Programm

Fortschreibung des Godesberger Programms:

Selbstinterpretation der SPD als reformorientierte, verfassungs- und staatsbejahende linke Volkspartei, wobei der Demokratische Sozialismus, der im Interesse des Gemeinwohls auf die sozial gebändigten Kräfte des Marktes und nicht planwirtschaftliche Steuerung setzt, eine stetige, nie zu vollendende Aufgabe ist.

Neu ist z.B. das Wirtschaftswachstum mit ökologischem Handeln und der Fortschrittsbegriff an der Verbesserung der Lebensqualität angebunden ist.

Willensbildung soll unter breiter Beteiligung der Bevölkerung erfolgen

Globaler Maßstab: Bedeutung der EG

Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit sondern auch Hausarbeit, Ehrenamt usw., weshalb die SPD den 6-Stunden-Tag fordert

Gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau